



Protokoll zur Vollversammlung des GEB vom 6. Mai 2009

Beginn:	19:30 Uhr
Anwesend:	Insgesamt 48 Eingetragene. Für den Vorstand: Martin Schäfer, Sabine Wassmer, Roland Klein, Andrea Köpple, Tilo Stark, Andreas Lassak, René Hildebrandt, Sandra Müller, Bianca Znoyek, Christel Finner, Thomas Tworek, Cornelius Gruner, Sonja Würschum, Katharina Hellriegel, Mitat Kesmez, Erhard Zoller, Gülten Aysel
Gäste:	Vittorio Lazaridis (Grüne), Marita Gröger (SPD), Iris Ripsam (CDU), Reinhold Uhl (FDP), Ulrike Küstler (Die Linke), Anna Kedziorra (Freie Wähler)
Leitung:	Martin Schäfer
Ende:	22:00 Uhr

Agenda

1. Begrüßung
 2. Vorstellung der bildungspolitischen Inhalte der Kommunalwahlprogramme
 3. Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen
 4. Verschiedenes
-

Top 1) Begrüßung

Durch Martin Schäfer.

Das Bildungssystem ist aktuell in starkem Umbruch begriffen. Mit Bildung kann man heute auch Wahlen gewinnen. Bildung ist nicht nur Thema des Landes, sondern auch der Kommunen. Auch und vor allen Dingen die Ausgestaltung der einzelnen Kommune/Stadt zu den Bildungsvorgaben des Landes ist ausschlaggebend.

Entwurf zum Thema Werkrealschulen – die Schulen werden „ihrem Schicksal überlassen“. Bereits in der Grundschulempfehlung gibt es die Unterscheidung zwischen „Realschule“ und „Werkrealschule“. Somit kann de-facto keine Gleichbehandlung der Abschlüsse vorhanden sein.

GEB strebt hier eine Mitsprache der Eltern bei der weiteren Ausgestaltung des Schulgesetzes an.

Zur Besetzung des GEB: In der mit Unterstützung von Kultusministerium und LEB gestalteten Vorlage des Schulgesetzes wurde die Zusammensetzung des GEB (Vorsitzenden der jeweiligen Elternbeiräte und deren Stellvertretern) ergänzt um folgende für uns sehr wichtige zusätzliche Möglichkeit: „...an ihrer Stelle und auf ihren Wunsch kann der Elternbeirat andere Vertreter aus seiner Mitte entsenden...“

Im Oktober/November müssen diesbezüglich die Geschäftsordnungen der Elternbeiräte und des GEB angepasst werden.

Hinweis auf anstehende Veranstaltungen (8.05. Film Kinder, 18.06. Veranstaltung Mobbing, 26.11. nächste Vollversammlung).

Einladungen der Sommerveranstaltungen lagen aus.

Top 2) Vorstellung der bildungspolitischen Inhalte der Kommunalwahlprogramme

Moderation durch Sabine Wassmer, Monika Stark-Murgia und Roland Klein.

Um den Eltern für die Kommunalwahlen am 7. Juni einen Einblick in die bildungspolitischen Ziele der verschiedenen Parteien zu geben haben wir einige Fragen zusammengestellt und vorab an die heute anwesenden Vertreter verteilt.

Für die Fragerunde im Anschluss werden Fragen gesammelt.

Frau Küstler (die Linke):

Das Schulsystem in Deutschland dient nicht der Gleichbehandlung, sondern einem Ständesystem aus dem vorvorherigen Jahrhundert. Es gibt auch kein drei-, sondern sogar ein viergliedriges Schulsystem (Förder- und Sonderschulen). Wir müssen auch in Stuttgart mit diesem System zurechtkommen (welches von der Landesregierung regelmäßig verschlimmbessert wird – aktuelles Beispiel: die Werkrealschule, die gegenüber der normalen Realschule zurückgesetzt bleibt).

Die Stadt Stuttgart versucht mit ungeeigneten Mitteln den Forderungen der Eltern nachzukommen.

Als Beispiel hierzu dient die verlässliche Grundschule (in der ca. 6.000 Kinder betreut werden) – es gibt mittags kein ausreichend pädagogisch geschultes Personal, häufig kein Mittagessen..

Noch immer gibt es keine Ganztagschule wie sie eigentlich dringend notwendig wäre. Wir haben heute eine zweigeteilte Schule: Vormittags findet normaler Unterricht statt, nachmittags eine Übernahme der Verantwortung durch Vereine, Eltern und Ein-Euro-Kräfte..

Sofort notwendig ist Schulsozialarbeit an allen Schulen (die Schulen brauchen Entlastungen im bürokratischen Bereich + in der Schulsozialarbeit) insbesondere in den Förderschulen, in denen heute gar keine Schulsozialarbeit stattfindet. Desweiteren ist eine Erhöhung des Schuletats insbesondere für den Erhalt der Lernmittelfreiheit notwendig. Außerdem wichtig: Schulmittagessen für alle (für alle Kinder mittelfristig kostenlos) – heute haben wir hier nur halbherzige Ansätze, die dringend ausgebaut / ersetzt werden sollten.

Herr Uhl (FDP):

Er wurde erst heute nachmittag von der heutigen Veranstaltung informiert und kommt nicht mit Wahlgeschenken. Bildungspolitik ist ein andauerndes Thema, nicht dazu geeignet, nur vor Wahlen angesetzt zu werden.

Die Schulsozialarbeit auszubauen wurde im Wahlprogramm der FDP festgeschrieben – es wäre wünschenswert gewesen, hier auch noch mehr zu tun – das Thema wird in den nächsten Haushaltsberatungen erneut aufgerufen.

Energetische Schulhaussanierungen: durch das Konjunkturprogramm II kommen erneut 26 Mio. Euro hierfür zum Tragen. Leider kamen die freien Schulträger hier nicht zum Zuge.

NWT-Räume: das Thema steht dringend an – das Problem liegt aber nicht nur in den Geldmitteln sondern auch häufig in der Logistik (die Umbauten sind nur in Ferien durchführbar, es gibt nur eine stark beschränkte Zahl geeigneter Anbieter). Die FDP ist gegen eine verpflichtende Ganztageschule – stattdessen soll auch weiterhin insbesondere der zweite Bildungsweg gefördert werden.

Anna Kedziora (Freie Wähler):

Die freien Wähler haben sich das Thema Bildung als wesentlichen Punkt vorgenommen. Kommunal- und Landespolitik – diese Trennung darf es im Punkt Bildung nicht weiter geben. Bildungspolitik muss endlich aus dem Kopf – und auf die Füße gestellt werden.

Schulsozialarbeit sollte nicht nur an den Hauptschulen stattfinden und auch nicht nur für sogenannte bildungsferne Schichten. Das Geld hierfür sollte in vernünftigen Konzepten geplant und nicht mit der Gieskanne ausgeschüttet werden. Viele notwendige Dinge können von den Pädagogen nicht geleistet werden.

Erhöhung der Schuletats: Ja.

Schulhaussanierung: Auch durch Projekte in Eigenregie der Schulen

Schulausstattung: Lernen macht in angemessenen Räumen viel mehr Spaß. Dazu muss die Ausstattung bedarfsgerecht und zeitgemäß sein.

Ausbau der Ganztages- und Mittagsbetreuung: Ohne eine vernünftige Ganztagesbetreuung geht es nicht. Wir können uns dies auch wirtschaftlich nicht mehr leisten.

Wir brauchen mehr hochqualifiziertes Personal an den Schulen.

Individuelle Förderung: Ja.

Herr Lazaridis (Grüne):

Bildung ist mit wichtigstes Thema für die nächsten Jahre in Stuttgart.

Herr Lazaridis ist auch geschäftsführender Rektor der Stuttgarter Sonderschulen: Es tut sich aktuell auch was an den Sonderschulen: heute war zu lesen, dass im Schuljahr 2010/2011 endlich die Besuchspflicht der Sonderschulen aufgehoben wird.

Wenn alle Kinder gemeinsam lernen können, wird die individuelle Förderung wesentlich wichtiger. Dies ist vor allem Aufgabe der Schulen. (z.B. beim Schreiben von Förderplänen..)

Auch: individualisierter Unterricht.

Ganztagesbetreuung: wichtigstes Ziel der Kommunen für die nächsten Jahre – es gibt hier in Stuttgart schon einiges. Jedoch: man sollte es den Kindern nicht zumuten, 8-10 Stunden ausschließlich von Lehrern unterrichtet zu werden. Schulsozialarbeiter finden einen ganz anderen Ansatz zum Umgang mit den Kindern (leider nicht an den Sonderschulen verfügbar!). Im nächsten Haushalt wird hier nach Möglichkeiten gesucht werden müssen (am dringendsten erstmal an den Realschulen).

Schuletats: sind in den letzten 10 Jahren faktisch geschrumpft. Während die Preise gestiegen sind wurden die Basissätze sogar gekürzt. Effektiv ergibt sich eine Kürzung um 20% in 10 Jahren.

Schulhaussanierung: es gibt einen Investitionsstau in Stuttgart: die Grünen werden daher alle großen Projekte daraufhin beleuchten, ob die beantragten Gelder nicht besser in die Schulen investiert wären.

Bildung ist zu wichtig, um sie dem Land alleine zu überlassen.

Frau Gröger (SPD):

Die Bildung MUSS SPD wählen. Auch aus der Parteigeschichte wurde immer für Bildung eingestanden.. (früheres „Schimpfwort“: Partei der Lehrer).

Bildungschancen: der Begriff sollte breiter verstanden werden: Es muss auch schon im Kindergarten angesetzt werden, um Chancengleichheit zu erreichen.

Bildung ist lebenslanges Lernen

Schulsozialarbeit: klares Bekenntnis – für jede Schule sollte mind. 1 Schulsozialarbeiterstelle eingeplant sein.

Energetik: Die SPD hat in einem Antrag darauf gedrängt, das Konjunkturprogramm II vor allem in Schulen zu stecken. Das ist auch notwendig, um die Energiekosten nicht ins uferlose anwachsen zu lassen.

Schulausstattung: Anträge zur Verbesserung werden regelmäßig von der SPD gestellt – Etat ist nicht mehr ausreichend (wegen Verteuerung und neuen Notwendigkeiten bei Lehr- und Lernmitteln)

Ganztageschulen: zum Glück heute besser: SPD will dies gerne flächendeckend haben -> auch breiteres Angebot an Ausbildung.

Individuelle Förderung: 20.000 zusätzliche Förderstunden beantragt nach in Mannheim eingesetztem Modell. Auch wegen des hohen Migrationsanteils ist es bei uns sehr wichtig, hier voranzugehen.

Frau Ripsam (CDU):

Auch für die CDU ist Schule ein Kernthema zusammen mit Finanzen..

Die Stuttgarter Bildungspartnerschaft ist hierbei ein wegweisender Ansatz für einen besseren Übergang zwischen Kindergarten und Schulen. Am kommenden Mittwoch werden erste Ergebnisse des Vergabeausschusses bekanntgegeben. 2 Mio Euro wurden für Umsetzung des Programmes in die Hand genommen (Start mit 5-6 Verbänden zwischen Schulen und Kitas).

Schulsozialarbeit: Flächendeckung der Hauptschulen wurde erreicht. Berufliche Schulen werden wahrscheinlich mehr Geld kosten (da bisherige Gelder zur Aufrechterhaltung nicht mehr weiter zur Verfügung stehen werden). + Ausdehnung auf Gymnasien, Realschulen und Förderschulen.

Schuletats wurden in den letzten Beratungen um 100.000 EUR erhöht. Damit wurde eine Umkehr des bisherigen Programms erreicht.

Energetik: wurde von Herrn Uhl schon erwähnt. Diese wird auch wieder auf der Agenda stehen.

NW-Räume: 6,7 Mio Euro wurden in den Ausbau gegeben. Bisher 60 Räume zur Umsetzung finanziell ausgestattet (von 330 notwendigen). Das Geld muss auch mit Maß und Ziel eingesetzt werden.

Im Thema außerschulische Betreuung ist viel erreicht worden.

Top 3) Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen

Die Fragen wurden während der ersten Hälfte der Veranstaltung unter den Anwesenden gesammelt.

Robert-Bosch-Berufsschule (Herr Gärtner):

Es steht nur eine halbe Stelle für Schulsozialarbeiter zur Verfügung. Alle halbe Jahre ändern sich zudem die Kontaktpersonen zu den Firmen – hier werden häufig frisch ausgebildete Sozialarbeiter eingesetzt. Sonderberufsschulklassen müssen in den nächsten zwei Jahren abgeschafft werden, wenn nicht rechtzeitig Unterstützung kommt. Die entsprechenden Schüler stehen dann komplett ohne Weiterbildungsmöglichkeit da.

Frau Küstler: ..ist für Vertretung an allen Schulen. Die Vernachlässigung sozialer Aufgaben kostet die Gesellschaft später deutlich mehr (sagen z.B. auch Studien aus Amerika).

Herr Uhl: Initiative wurde ergriffen – Problem der Berufsschulen wurde erkannt. Hier sollten auch ehrenamtliche Initiativen („Freunde schaffen Erfolg“) gefördert werden.

Herr Lazaridis: Argumente sind nicht zu entkräften – es wird sich zeigen, ob im nächsten Haushalt Prioritäten für die Bildung und Sozialarbeit gesetzt werden können.

Frau Gröger: Wir müssen über unser vorhandenes System insgesamt nachdenken. Anträge zum Hamburger Modell oder ähnliches wurden gestellt.

Frau Ripsam: Das Problem der BVJ / BJ – Klassen wird angegangen werden. Eine europäische Finanzierung wäre wünschenswert. Durch die nur auf Zeit verfügbaren Finanzmittel können die Kräfte nicht dauerhaft gehalten werden.

GHS Plieningen (Herr Abmayr):

Neue Werkrealschule: welche Schulen sollen geschlossen werden, welche bleiben kurz- und mittelfristig erhalten?

Frau Küstler: auch einzügige Schulen dürfen nicht geschlossen werden (Erhaltung wohnortnaher Schule).

Herr Uhl: Ist heute nicht auf die einzelne Schule zu beantworten. Prozess wird von der FDP begleitet.

Frau Kedziora: Die Werkrealschule ist Stückwerk. Es wäre eher zu überlegen, ob nicht das dreigliedrige Schulsystem insgesamt veraltet ist. Zumindest: gemeinsames Lernen über 6 Jahre.

Herr Lazaridis: Werkrealschule, Realschule, Hauptschule: Das alles ist ein Riesendurcheinander. Die Leidenschaft der Eltern ist zu bewundern. Zweigliedrige Hauptschulen sind nicht gleichmäßig über Stadt verteilt. So wie es jetzt ist, ist es nicht möglich, was umzusetzen.

Frau Gröger: das Land hat die Vorgabe gegeben. Im Schulbeirat wurde bestätigt, dass mehr Zeit benötigt wird. Es ist zu hoffen, dass die Eltern mitdiskutieren, um falsche Entwicklungen auch im Land zu verhindern/beeinflussen.

Frau Ripsam: Der richtige Weg kann aktuell nicht genannt werden. In der Stadt haben wir sehr viele Schulen: im Süden viele einzügige, im Norden viele zweizügige Hauptschulen ->

daraus ergibt sich ein regionales Problem in der Stadt. Frau Eisenmann kämpft hier für einen gesonderten Weg für die Stadt Stuttgart.

Solitude-Gymnasium (Frau Jensen):

Investitionsstau: der Gemeinderat ist für Stau weitgehend verantwortlich! Durch die Verteilung des Konjunkturprogrammes werden vergangene Versäumnisse vertuscht. Schulthemen werden in der Zeitung oft nur am Rande erwähnt.

Ergänzend:

Michael-Bauer-Schule, Evang. Mörrike-Gymnasium (Herr Berger) + St. Agnes (Frau Tropf): Die energetische Sanierung war für alle Schulen vorgesehen. Es wurde von der Stadt Stuttgart vorab beschlossen, die privaten Schulen auszulassen – private Schulen werden insgesamt sehr stiefmütterlich behandelt.

Frau Küstler: Verantwortung übernehmen: es wurden Fehler gemacht. Auch im letzten Haushalt wurde von verschiedenen Parteien schon mehr beantragt als letztlich beschlossen wurde. Die Liste jetzt wurde aufgrund sofortiger Umsetzbarkeit zusammengesetzt.

Herr Uhl: Seit 1999 wurde in Stuttgart Konsolidierungskurs im Haushalt gefahren. Da war auch Schule mit betroffen. Sobald dies möglich war, wurde der Haushalt auch wieder erweitert. Allein der vorbeugende Brandschutz (z.B. zweiter Fluchtweg) kostet jedes Jahr Unsummen.

Zu den privaten Schulen: laut Finanzbürgermeister erhielten private Schulen sowieso separate Mittel von 1,2 Mio Euro. Das erwies sich später als nicht korrekt.

Frau Kedziora: Der Investitionsstau ist durch Versäumnisse entstanden – wir müssen nach vorne schauen und darauf achten, dass die Schulen nicht wieder „hinten runterfallen“.

Herr Lazaridis: die FDP sorgt erst für den Stau, um ihn anschließend werbewirksam mit abzubauen. Die Grünen sehen private Schulen als wichtige Bereicherung der Schullandschaft an, die gleichberechtigt sein sollten.

Frau Gröger: Wir leisten immer noch zu wenig. Im Vergleich zum Hausbesitzer, der jedes Jahr einen gewissen Anteil einsetzt, setzen wir nicht genug ein. Das Konjunkturprogramm muss bis 1.1.2011 abgearbeitet sein. Beim IZBB-Programm waren staatliche Schulen (Bürokratiebedingt) benachteiligt, diesmal gaben die bereits fertigen Pläne der staatlichen Schulen den Ausschlag.

Frau Ripsam: Stuttgart ist eine von zwei Kommunen im Land, die 2,5 Mio Euro freiwillige Leistungen an die Privatschulen gibt. Die Privatschulen sind besser ausgestattet, als die staatlichen. Um hier ein Gleichgewicht zu halten und aus Gesichtspunkt Schnelligkeit, war die Entscheidung richtig.

Brunnenrealschule (Gülten Aysel):

Einschulungstests: Chancengleichheit für Migrantenkinder. Bei Tests in Kitas bleiben Migrantenkinder auf der Strecke (auch da die Eltern häufig nicht ausreichend deutsch sprechen). Budgets für die Umsetzung der Fördermaßnahmen nach erkannten Defiziten stehen nicht/nicht ausreichend zur Verfügung. Warum gibt es hier kein Geld?

Frau Küstler: Diskussion in Stuttgart hat einen Sonderweg beschlossen. Dennoch wird die Förderung häufig in die Sozialämter verlagert. In Kitas ist häufig nicht klar, wie die Förderung laufen soll. Es geht nicht durch Rausreisen aus vertrauten Gruppen und Förderung in separaten Ansätzen!

Herr Uhl: Die Vorgabe kommt vom Land. Wir beobachten und schauen, was machbar ist.

Frau Kedziora: Immerhin wurde Stuttgarter Weg beschlossen. Einschulungsuntersuchungen in den Kitas benötigen mehr Personal. Sprachbarrieren beim Erstellen eines Sprachstandstests müssen abgebaut werden. Es werden auch die Eltern benötigt.

Herr Lazaridis: Die Landesmaßnahme verfehlt ihr Ziel. Letzten Endes handelt es sich dabei um eine bloße Ressourcenverschwendung. Nicht umsonst stehen heute die Erzieherinnen auf der Straße und streiken für bessere Arbeitsbedingungen.

Frau Gröger: Landesgesetz – bisher keinerlei Zwischenbericht verfügbar. Stadt Augsburg ist uns bei der Förderung von Kindern mit Mehrsprachigkeit deutlich voraus.

Frau Ripsam: die Einschulungstests wurden im Land geprüft – hier gab es keine Kritik von den Eltern (Einspruch aus dem Plenum). Erstmal müssen die ersten Resultate abgewartet werden. Geplant war eigentlich eine Untersuchung vor Ort und nicht in den Gesundheitsämtern. Die Testergebnisse müssen jetzt angeschaut werden. Viel Geld wurde in die Sprachförderung gesteckt.

Einige große Bauvorhaben auch an Schulen sind in Planung (z.B. Karls-Gymnasium): Wie werden die Schulen während der Baumaßnahmen in Ihrem Betrieb unterstützt?

Frau Ripsam: Die Neckarrealschule wird verlegt. Mit den anderen Schulen wurden Lärmschutzmaßnahmen besprochen.

Frau Gröger: Königin Katharina Stift begrüßt Stuttgart 21 explizit. Auch bei den anderen Schulen gibt es Gespräche.

Herr Lazaridis: Es wird große Belastungen geben – Grüne waren dagegen.

Frau Kedziora: Maßnahmen müssen begleitet werden – mit allen Beteiligten.

Herr Uhl: Lösungen für die Probleme an z.B. Königin Katharina Stift liegen auf dem Tisch. Auswirkungen von z.B. Quartier S müssen beobachtet und ggf. begleitet werden.

Frau Küstler: Maßnahmen wurden beschönigt.

Abschließend die Vision für eine Schule im Jahr 2020:

Frau Ripsam: hoffentlich mehr Schüler in Schulen (statt berechnetem Demographischen Wandel) -> breiterer Raum für Schüler -> Schulen wieder alle gefüllt. Mehr Kinder in der Stadt. Im Vergleich mit anderen Kommunen geht es uns eigentlich nicht so schlecht. Wir müssen mit unseren Finanzen gut umgehen. Wir wollen für unsere Kinder auch finanzpolitisch ein gutes Erbe hinterlassen.

Frau Gröger: Stuttgart hat hoffentlich das „aufkeimende Interesse“ an Bildung behalten und den Stau abgetragen. Neue Schulen wurden zu Vorzeigeschulen. Junge Familien kommen nach Stuttgart, weil Stuttgart eine gute Schullandschaft hat.



Herr Lazaridis: Nicht die armen Kinder von den reichen getrennt. Lieber alle, auch behinderte Kinder so lange wie möglich gemeinsam lernen . nicht nur schreiben, lesen und rechnen lernen, sondern auch sozialen Umgang. Das alles kann nur eine Ganztageschule leisten.

Frau Kedziora: Weniger Leistungsdruck für Schüler, mehr Freude am Entdecken und Lernen. Schule soll für alle wieder richtig Spaß machen.

Herr Uhl: Mit Bildung kann man Wahlen gewinnen. – Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Klar muss sein, dass der nächste Doppelhaushalt mind. 300 Mio Euro weniger als der aktuelle zur Verfügung haben wird. Mittelfristig ist sogar mit 500 Mio Euro weniger zu rechnen. Zu erträumen wäre: Sanierte Schulen, an jeder Schule Sozialarbeiter, .. Wir hatten in den letzten beiden Doppelhaushalten Glück viel Geld für Schulen ausgeben können. Gerade im Bildungsbereich werden die Kürzungen daher wehtun.

Frau Küstler: Ganztageschulen, selbständiges Lernen, Schulkonferenzen mit demokratischen Verhältnissen, selbständigere Schulen, die z.B. ihre Lehrer selber einstellen können. Eltern als Partner der Schulen. Gemeinderat trägt auch etwas dieser Visionen mit in Form einer großen Koalition für Schulen und Bildung.

Roland Klein: Es gibt eine Arbeitsgruppe Haushalt, die sich die Themen vornehmen und Forderungen der Eltern aufbereitet

Herr Uhl (auf Anfrage Stuttgart 21): Stuttgart 21 belastet den Haushalt mit 32 Mio Euro (beschlossen). Die Schulen erhielten 70 Mio EUR.

Top 4) Verschiedenes

Wiederholter Hinweis auf die Veranstaltungen am 8.05. (Film) und 18.06. (Mobbing). Siehe Kapitel 1.

Protokollant: Peter Maurer